



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03568**
Datum: 27.11.2017
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Schachtschneider,
Andreas

Beratungsfolge	Termin	Status
Jugendhilfeausschuss	07.11.2017	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	12.12.2017	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	12.12.2017	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	20.12.2017	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018, Vorlage VI/2017/03365

Beschlussvorschlag:

Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, S. 1158, Produkt 1.36301.02

Die Personalaufwendungen für Streetworker werden dahingehen erhöht, dass in jedem Sozialraum der Stadt zwei Streetworker angestellt sind. Die Stellen sind im Haushalt ab 2018 fortzuschreiben.

Eine zielgruppenorientierte Personalauswahl soll getroffen werden.

gez. Andreas Schachtschneider gez. Heike Wießner gez. Steffen Kohlert
Mitglied Mitglied Mitglied

gez. Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

Begründung:

In mehreren Sozialräumen ist momentan jeweils nur ein Streetworker Ansprechpartner für die Jugendlichen. Um eine erfolgreiche Arbeit der Streetworker zu gewährleisten, ist darauf hinzuwirken, in jedem Sozialraum zwei Sozialarbeiter zu beschäftigen. So ist eine kontinuierliche, reflektierte und präventive pädagogische Arbeit gegeben um den Adressat/Innen gerecht zu werden und zielgruppenorientierte aufsuchende Jugend(sozial)arbeit bestmöglich umzusetzen. Da die Zahl der Jugendlichen mit multiplen Problemlagen zunimmt, die Hemmschwellen weiter sinken und eine höhere Gewaltbereitschaft laut den Sozialarbeiter/Innen zu erkennen ist, ist auf eine zielgruppenorientierte Personalauswahl zu achten.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

15.11.2017

Sitzung des Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 24.11.2017

Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den participationsbericht 2016 VI/2017/03365

Vorlagen-Nummer: VI/2017/03568

TOP: 3.4.1

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Es wird empfohlen, das Anliegen als fachlichen Prüfauftrag außerhalb der Haushaltssatzung 2018 einzubringen.

Begründung:

Gemäß der geltenden Jugendhilfeplanung sind insgesamt bis zu sechs Vollzeitstellen (VZS) für den Bereich Streetwork geplant. Im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 wurden im Stellenplan des Fachbereiches Bildung sieben Vollzeitstellen bewilligt, davon zwei befristet bis 2018 (VI/2015/00655).

Zur aktuellen Situation ist mitzuteilen, dass aus dem im September 2017 beendeten Personalauswahlverfahren nur eine von drei Stellenbesetzungen erfolgreich gelungen ist (Besetzung zum 01.11.2017). Daher sind derzeit fünf Vollzeitstellen besetzt, je Sozialraum eine VZS. Eine Stellenausschreibung von zwei Stellen -zuzüglich einer Elternzeitvertretung ab Dezember 2017- ist in Vorbereitung, um gemäß geltender Fachstandards arbeiten zu können (siehe Beschluss VI/2014/00500 des Jugendhilfeausschusses vom 05.02.2015).

Im Zuge der Evaluierung der derzeit für den Bereich der §§ 11,13 und 16 SGB VIII geltenden Fachstandards hat die Verwaltung bereits den Auftrag, die Fachstandards für das Arbeitsfeld Streetwork zu überprüfen (siehe Beschluss VI/2017/02732 des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2017). Die Ergebnisse der Evaluierung fließen in den für 2020 zu erarbeitenden Jugendhilfeplanung ein. Eine pauschale Erhöhung ohne fachliche Hinterlegung widerspricht einem fachlichen Vorgehen.

Katharina Brederlow
Beigeordnete